

Banken-Boykottkampagne : kein Geld für Apartheid

Autor(en): **Daguet, André**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **68 (1989)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340774>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kein Geld für Apartheid

Von André Daguet

Sanktionen gegenüber Südafrika sind am wirksamsten im Finanzbereich, denn ohne ausländisches Geld kann der Apartheid-Staat nicht überleben. Die Schweizer Grossbanken spielen eine grosse Rolle bei der Unterstützung des südafrikanischen Apartheidregimes. Aus diesem Grunde haben Anti-Apartheid-Bewegungen 1988 eine Bankenboykottkampagne lanciert, die von einem breiten Bündnis aus Parteien, Hilfswerken, kirchlichen Gruppierungen und Jugendorganisationen aktiv mitgetragen wird. Auch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz unterstützt diese Aktion.

Die Bilanz mehr als ein Jahr seit dem Start der Kampagne «Kein Geld für Apartheid» zeigte erste Erfolge. Über 8000 Personen aus der ganzen Schweiz haben sich inzwischen verpflichtet, ihr Konto auf einer der Grossbanken zurückzuziehen beziehungsweise selber kein Grossbankkonto zu eröffnen. Bei diesen Zahlen handelt es sich um die dem Sekretariat der Boykottkampagne gemeldeten Kontorückzüge beziehungsweise Verzichtserklärungen. In Wirklichkeit sind es wesentlich mehr Leute, die sich bereits jetzt an der Aktion beteiligen. Darauf lassen auch die Reaktionen der Schweizer Grossbanken auf die Kontorückzüge schliessen.

Neben der grossen Zahl von Einzelpersonen sind es Schulklassen, Vereine, Parteisektionen, Arztpraxen, Anwaltsbüros und Dutzende von Organisationen, darunter die Gewerkschaftsverbände, welche die Aktion mittragen.

Die Kampagne muss weitergehen. Die jüngsten Ereignisse in Südafrika – Freilassung von politischen Gefangenen, Zulassung von Protestdemonstrationen – dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass Apartheid noch lange nicht überwunden ist.

Die Aktion «Kein Geld für Apartheid» ruft deshalb dazu auf, den Druck auf die Schweizer Grossbanken zu verstärken, solange diese Banken das Apartheid-System finanzieren. Es gibt neben den Kontorückzügen zahlreiche Aktionsmöglichkeiten, um den Druck auf die Banken zu verstärken, zum Beispiel mit politischen Vorstössen auf Gemeindeebene etwa, wie sie in Luzern, Biel, Frauenfeld oder in Winterthur eingereicht worden sind.

Ein konkreter Entscheid ist bereits in der Stadt Delsberg gefallen: Am 26. Juni 1989 hat der Delsberger Gemeinderat beschlossen, in Zukunft nicht mehr mit den Schweizer Banken SBG, SBV und SKA, welche die Apartheid unterstützen, zusammenzuarbeiten. Erste Konsequenz des mit überwältigendem

Mehr getroffenen Entscheides des Stadtparlamentes: Der Delsberger Stadtpräsident Stadelmann kündigte an, ein Geschenk der Schweizerischen Bankgesellschaft über 20 000 Franken, das die Stadt einige Wochen zuvor erhalten hatte, an die Bank zurückzugeben.

Für mehr Informationen, Aktionsunterlagen und Aktionsvorschläge: «Kein Geld für Apartheid», Postfach, 3000 Bern 14, Telefon 031-46 02 00.